

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Worischlag 15195-97
Expedition Worischlag 11753-54

Freitag, den 16. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Worischlag 11753-54

Die Steuerflucht der Hohenzollern.

Auf unsere Feststellung vom 15. September, daß das sogenannte königliche Hausministerium vor einiger Zeit offiziell angeordnet habe, daß aus steuerlichen Gründen von den 25 Millionen Mark betragenden Uberschüssen aus den hohenzollernischen Familiengütern über 10 Millionen Mark zu „verzauern“ seien — auf diese Feststellungen hat sich bisher weder das preussische Finanzministerium noch irgendein reaktionäres Blatt gemeldet. Kürzlich konnten noch beide uns so tapfer „richtigstellen“.

Wir möchten heute etwas deutlicher werden, damit der Skandal die zuständigen Behörden veranlaßt, endlich dafür zu sorgen, daß die Hohenzollern Steuern zahlen.

Zuerst möchten wir feststellen, daß nach dem Zusammenbruch und vor der Einführung der Reichseinkommensteuer nur die hohenzollernischen zur Einkommensteuer veranlagt wurden, die in den Kreisen Greifenhagen und Rosenberg liegen. Die übrigen zuständigen Behörden hielten es nicht für nötig, die in ihrem Verwaltungsgebiet belegenen hohenzollernischen zur Einkommensteuer zu veranlagern, obwohl die Steuerfreiheit mit dem November 1918 aufgehoben wurde.

Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß diese Tatbestände der hohenzollernischen Verwaltung selbstverständlich nicht nur bis ins einzelne bekannt sind, es ist sogar Anordnung getroffen worden, sich tot zu stellen! Es wurde Befehl gegeben, an diese Sache nicht zu rühren, damit nicht etwa die bisher nachlässig gebliebenen Kreise an ihre Pflicht erinnert würden.

Das hohenzollernische Hausidealkommiß umfaßt über 85 000, das Kronidealkommiß 21 500 Hektar Land, d. h. zusammen rund 425 000 Morgen. Aus der Verwaltung dieses Grundbesitzes holte man im Jahre 1920 einen Reingewinn von 25 Millionen Mark heraus. Bei dieser Ziffer ist zu beachten, daß sie nur die wirklich überschüssigen Einnahmen darstellt. Alle Verwaltungsunkosten, alle Neuananschaffungen, Betriebsausgestaltungen, kurz, auch alles das, was man aus dem gesetzlichen Referendfonds zu decken gewöhnt ist, wurde schon vorher in Rechnung gestellt.

Die hohenzollernische Hausverwaltung, im besonderen das königliche Hausministerium trat nach Feststellung des Uberschusses aus der Güterverwaltung offiziell in Beratungen darüber ein, welche Steuerpflicht sich aus den 25 Millionen ergebe und wie man sie gründlich vermindern könne. Wohl gemerkt, das geschah alles im offiziellen Schrift-

verkehr der hohenzollernischen Behörden, der theoretisch dem preussischen Finanzministerium zur Kontrolle untersteht. Man stellte fest, daß der Uberschuß für 1920 bisher schon rund 23 Millionen Mark betrage, er werde aber sicher auf 25 Millionen steigen. Bei 60 Proz. Einkommensteuer würde man dem verhassten Deutschen Reich davon 15 Millionen abgeben müssen, zumal die Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen sei, daß man in Zukunft doch Steuern zahlen müsse. Aus diesem Grunde sei es empfehlenswert, einfach eine Sonderrücklage zu konstruieren.

Nach diesem Vorschlage verfügte der dem preussischen Finanzministerium unterstehende königliche Hausminister offiziell nicht nur, daß man aus den Uberschüssen des Jahres 1920 rund 10 Millionen Mark auf ein besonderes, nur langfristig kündbares Konto der Seehandlung verschwinden lasse, es wurde, und das zeigt uns, wie deutlich man sich bemüht ist, Unrecht zu begehen, auch noch etwas weiteres angeordnet. Um die 10 Millionen Mark völlig verschwinden zu lassen, wurde angeordnet, daß die Etatmittel der Hofkammerrente einfach durch entsprechende Pauschalsummen zu verstärken sind. Durch diesen Buchungsvorgang sind dann die 10 Millionen Mark plötzlich etatsmäßige Ausgaben! Was tuts, wenn diese Etatssummen nicht verbraucht werden? Es ist ja jetzt schon Praxis, daß man die sogenannten Reste, auch die aus den Jahren nach der Umwälzung, zum Schluß auf den hohenzollernischen Hauskassenschreibstisch überträgt!

Wir verlangen, daß die Kreisbehörden, die es bisher veräußert haben, aus den Jahren 1919 die hohenzollernischen Familiengüter steuerlich zu erfassen, das sofort nachholen.

Weiter verlangen wir eine gründliche amtliche Untersuchung nicht nur der Einkünfte der Hofkammer, sondern auch aller sonstigen Einnahmen und Vermögensverwaltungen der Hohenzollern. Besonders zu beachten scheint uns dabei die Privatkassette des Kaisers, die bei 50 Millionen Mark Bestand bis heute ebensowenig einen Pfennig Steuern gezahlt hat, wie der hohenzollernische Hauskassenschreibstisch. Und wie steht es mit den reichen hohenzollernischen Nebenlinien, mit Friedrich Leopold und mit der Albrecht-Dinie?

Des weiteren verlangen wir, daß der demnächst zusammentretende preussische Landtag sich sofort mit der Frage beschäftigt, ob es nicht zweckmäßig sei, die Hohenzollern zu veranlassen, einstweilen in Pauschale Steuern zu leisten.

keine gemacht, um uns entgegenzukommen. Sie hoben nur in Redewendungen, die eine starke Herausforderung darstellen, Ihre ursprüngliche Forderung dem Wortlaute und dem Geiste nach wiederholt.“

Loucheurs Aufklärungen.

Paris, 16. September. (W.B.) Der Minister für die betroffenen Gebiete, Loucheur, wurde heute nachmittags von 3 bis 5 Uhr durch den Finanzausschuß der Kammer vernommen. Er gab Aufklärungen bezüglich der Abmachungen in Wiesbaden, betreffend der Reparationen in Natura. Der Meinungsaustausch vollzieht sich in durchaus freundlichem Ton.

Besatzungskonferenz in Brüssel?

Paris, 16. September. (G.G.) Die „Chicago Tribune“ meldet: Die alliierten Regierungen beschloßen, in der ersten oder zweiten Oktoberwoche eine Konferenz in Brüssel abzuhalten, um die Frage der Besatzungskosten der Armeen im Rheinlande zu erörtern. Die amerikanische Regierung hat die Einladung zu dieser Konferenz angenommen und wird eine Abordnung von drei Mitgliedern nach Brüssel entsenden. Die Konferenz wird nicht nur die Frage zu erörtern haben, wie die amerikanischen Besatzungskosten gedeckt werden sollen, sondern man wird auch ein Programm für die künftigen Zahlungen der Besatzungskosten entwerfen. Die Besatzungskosten Frankreichs sind vollkommen gedeckt, und auch England hat bereits einen Teil seiner Besatzungskosten bezahlt erhalten. Nun sind von der amerikanischen Regierung Verhandlungen eingeleitet worden, damit die Alliierten den Friedensvertrag zwischen Amerika und Deutschland anerkennen, und sie erklären sich bereit, daß amerikanische Vertreter offiziell mit den Vertretern der Alliierten zusammenarbeiten sollen, um die Durchführung des Versailler Vertrags zu sichern. Die offizielle Teilnahme Amerikas an den verschiedenen Kommissionen wird von den Alliierten besonders günstig aufgenommen.

Die Kosten der amerikanischen Besatzungsarmee in Deutschland betragen bisher 275 Millionen Dollar einschließlich der Periode, die unmittelbar dem Waffenstillstand folgte und in der die amerikanische Armee beträchtlich größer war. Dagegen hat Deutschland einige Forderungen an Amerika zu erheben für die Bauten und Grundstücke, die Amerika in Koblenz benutzte.

Kampf im Beamtenbund.

Von Theodor Rohrer

Die Bestrebungen des Deutschen Beamtenbundes, zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu kommen, lassen es zweckmäßig erscheinen, einmal die Kampfweise zu beleuchten, die von einflussreichen Kreisen des Deutschen Beamtenbundes gegen die freien Gewerkschaften beliebt wird. Der jetzt zum Abschluß gekommene Beamtenrätewahlkampf der Eisenbahner gab den führenden Blättern der „Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter“ Veranlassung, einen Verteilungsfeldzug gegen die freien Gewerkschaften zu führen, wie er in der Gewerkschaftsbewegung seinesgleichen nicht hat. Einige Beispiele mögen das beweisen. Der „Vorwärts“ (das führende Blatt der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) schrieb am 28. August in einem Leitartikel folgende Sätze:

Mit bewunderungswürdiger Geschicklichkeit hat die gegenwärtige Parteiregierung durch ihre gehorsamen nachgeordneten Gewerkschaften die Verteilungsaktion in aller Hast noch vor Erledigung der Beamtenrätewahlen inszenieren lassen. Die politisch orientierten Eisenbahner-Gewerkschaften haben ihren verschiedenen regierenden Parteigenossen zuliebe gleich zu Beginn der Aktion die Forderungen der Beamten skrupellos verwässert. ... Wir sehen also, wohin die parteipolitische Orientierung führt! Anstatt die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, sehen sich jetzt die Führer dieser organisatorischen Rißgebirgen großen Stills gezwungen gegen ihre Mitgliederinteressen und mit ihren zufällig in der Regierung sitzenden Parteibonzen zu gehen. Die Parteigewerkschaften sind also für die Sache, sobald ihre Parteien zufällig an der Regierung sind. Wer diese Parodie auf alles, was man bisher unter „Gewerkschaft“ verstanden hat, mit ansieht, muß sich fragen, es kann nur noch eine Parole geben: Heraus aus den Parteigewerkschaften, die ihre Mitglieder im Konfliktfalle geradezu verraten müssen! ... Für die Staatsarbeiter ist es jetzt die höchste Zeit, sich schleunigst von allen Parteien gänzlich unabhängige und streng neutrale Eisenbahnarbeiter-Gewerkschaft zu gründen. Jeder Staatsbedienstete, der einer politisch orientierten Gewerkschaft angehört, erlebt jetzt, wie seine Organisation und damit er selbst durch höhere Parteiführer an Händen und Füßen gebunden ist. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Gewerkschaft ist wirtschaftlicher Selbstmord. Kann es unter diesen Umständen noch einen einzigen Eisenbahnbeamten geben, der sich der Behörde gegenüber durch Beamtenräte vertreten lassen möchte, die von ihrer politischen Gewerkschaft auf regierungsfremdes Verhalten eingeschworen wurden?

Die „Reichsgewerkschaft“ (das führende Blatt der Reichsgewerkschaft) wollte natürlich hinter dem „Vorwärts“ nicht zurückbleiben. Ihre Nummer vom 4. September bringt von der ersten bis zur letzten Seite eine maßlos unerhörte Beschimpfung der übrigen Eisenbahnerverbände. Dafür einige Proben:

Der Reichstanzler hätte es niemals wagen können, der Beamtenschaft sein „Frisch Vogel oder fürb!“ zuzurufen, wenn die drei parteipolitischen Beamtenverderbergewerkschaften der Beamenschaft nicht zu schändlich in den Rücken gefallen wären. ... Die drei Eisenbahnerorganisationen, DEB, GDB, und WBB, sind ausgesprochene, bis zum äußersten entschlossene, rigorose Anti-Beamtengewerkschaften. ... Sie alle drei sind also der Regierung gegenüber insofern ihrer politischen Orientierung maßlose Marionetten, die nach der Pfeife ihrer zurzeit regierenden Parteigenossen tanzen müssen. ... Wegen parteipolitisch orientierte Gewerkschaften auch gegenüber privaten Arbeitgebern allensfalls erfolgreich einschreiten können, so sind sie, wie wir jetzt gesehen haben, dem Arbeitgeber Staat gegenüber hilflose Statisten, die sich nicht einmal entblößen, das unklugerweise bei ihnen selbst organisierte kleine Beamtenhäuflein mitzuverraten und mit ihren Familienzulängertier qualvoller Not zu verdammen.

Wir wiederholen, die paar zitierten Sätze sind nur einige Beispiele aus dem maßlosen Verteilungsfeldzug, der an die niedrigsten Instanzen appellierte und mit dem die kommunistische Hehe kaum konkurrieren kann. Am Kopf der beiden zitierten Blätter könnte unbedenklich der Titel „Karte Fahne“ gesetzt werden und kein Leser würde einen Unterschied zwischen dem kommunistischen Blatt und diesen beiden Blättern finden.

Der oben geschilderte Ueberradikalismus erscheint noch in einem ganz besonderen Licht, wenn wir daran erinnern, daß einer der einflussreichsten Führer der Reichsgewerkschaft, der übrigens an den Verhandlungen über die letzten Lohn- und Gehaltsforderungen in der Reichstanzlei beteiligt war, am 13. März 1920 bei Ausbruch des Kapp-Putschs den heute von seiner Organisation beschimpften Eisenbahnergewerkschaften folgenden offiziellen Vorschlag machte:

Lloyd George plagt Irland an.

London, 15. September. (Reuter.) In seiner Antwort an De Valera erklärt Lloyd George, daß er sich, da De Valera auf der Anerkennung der irischen Souveränität bestehe, genötigt sehe, die Vorbereitungen für die englisch-irische Konferenz für nächste Woche in Inverness zu widerrufen. Er müsse das Kabinett über die nun notwendigen Schritte befragen.

London, 15. September. (W.B.) Wie amtlich gemeldet wird, hat Lloyd George heute abend eine telegraphische Mitteilung an De Valera gesandt, worin es u. a. heißt:

„Ich habe Ihren Abgesandten am Dienstag, den 13. er., mitgeteilt, daß eine Wiederholung Ihrer Forderung als Vertreter eines unabhängigen und souveränen Staates mit der britischen Regierung zu verhandeln, eine Konferenz zwischen uns unmöglich mache. Die Abgesandten hatten eine Note überbracht, worin sie die erwähnten Forderungen wiederholten. Ich habe die Abgesandten ersucht, sich über die ernstlichen Folgen klar zu werden, und habe mich erboten, die Note als nicht ausgehändigt anzusehen, um einen Anlaß zu neuen Verhandlungen zu geben. Trotz dieses meines Vorschlages hoben Sie jetzt die Note in ihrer ursprünglichen Form veröffentlicht. Ich muß infolgedessen die Abmachungen, die für die nächste Woche in Inverness getroffen waren, annullieren. Meine Kollegen werde ich darüber befragen, welcher Weg infolge dieser neuen Lage einzuschlagen ist. Ich werde Ihnen unsere Entscheidung so bald wie möglich mitteilen, aber da ich gegenwärtig für einige Tage hier bleibe, wird eine Verzögerung unvermeidlich sein.“

Inzwischen muß ich mit der größten Deutlichkeit erklären, daß die britische Regierung ihren Standpunkt, den ich Ihnen auseinandergesetzt habe, nicht aufgeben kann. Wenn wir eine Konferenz mit Ihren Vertretern auf der von Ihnen geforderten Grundlage annehmen würden, so würde das bedeuten, daß die britische Regierung die Anerkennung Irlands vom Britischen Reich und das Bestehen der Unabhängigkeit der Irischen Republik amtlich anerkennt. Dies würde Ihnen ermöglichen, zu erklären, daß wir Irland das Recht zugesprochen, anstatt im Verband des Britischen Reiches von sich aus mit irgendeiner anderen auswärtigen Macht eine engere Verbindung einzugehen. Die großen Zugeständnisse, die die britische Regierung dem Gefühl der Irländer gemacht hat, um eine dauerhafte Regelung zu sichern, hätten meiner Ansicht nach eine großmütigere Antwort verdient, aber bisher sind nur wir es gewesen, die Zugeständnisse gemacht haben, Sie Ihrerseits haben

Groß-Berlin

Großmann weiter geständig.

Ein dritter Mädchenmord. — Verhaftung der Flurnachbarin.

Nach unausgesprochenem Zeugnis sah sich der Lustmörder Großmann gestern veranlaßt, im Laufe des Verhörs, das gestern abend die Kriminalkommission Dr. Riemann und Warneburg mit ihm anstellten, ein weiteres Geständnis abzulegen.

Hiernach kennt er sein drittes Opfer selbst nicht. Er lernte das Mädchen, wie er angibt, auf einem Kummelplatz kennen. Es nannte sich mit Vornamen „Martha“, war etwa 24 Jahre alt, ziemlich klein von Statur, ungefähr 1,55 Meter, aber ziemlich stark gebaut. Wie es ihm erzählte habe, sei es in Schießen zu Hause gewesen. Diese Martha war schon mehrmals bei Großmann gewesen. Nach einigen Tagen traf sie dann beide auf Verabredung am Andreasplatz. Die letzte Nacht, in der das Verbrechen passierte, erwachte Großmann nach seiner Darstellung um 5 Uhr früh. Als er dann mit ihr verkehrte wollte, habe sie sich gewehrt. Darüber sei er so wütend geworden, daß er nach irgend-einem Gegenstand, welchen will er jetzt selbst nicht mehr wissen, gegriffen und damit auf den Kopf des Mädchens eingeschlagen habe. Dieses sei dann mit dem Kopf aus dem Bett gefallen und auf dem Fußboden habe sich eine große Blutlache gebildet. Er habe nun, nachdem er am Puls festgestelt habe, daß sie tot gewesen sei, den Kopf wieder zurückgelegt und dann neben der Leiche noch bis 8 Uhr morgens geschlafen. Um diese Zeit habe es an der Tür geklopft. Es war, wie Großmann richtig vermutete, seine Flurnachbarin, Frau Jhig. Er will schnell geöffnet und sich dann wieder neben der Leiche ins Bett gelegt, diese aber zugedeckt.

Die Frau sei dann an sein Bett getreten, habe die Decke hochgehoben und dabei gesehen, daß der Kopf im Blute schwamm. Als sie ihm gesagt habe, das Mädchen sei doch tot, habe er geantwortet: „Das ist wohl möglich!“ Nun habe Frau Jhig gesagt: „Rüde sofort mit 50 Mk. heraus, sonst zeige ich dich an!“ Das habe er dann auch getan und Frau Jhig sei gegangen. Er habe dann das Blut aufgewischt, die Leiche aber im Bett liegen gelassen und sei bis zum Nachmittag spazieren gegangen.

Als er dann nach Hause gekommen sei, habe er sich an die Zerstückelung der Leiche gemacht. Die zerstückelten Teile habe er in den Luisenstädtischen Kanal geworfen, dabei aber die Eingeweide vergessen, und sei erst nach einigen Tagen durch einen starken Berührungsgeschmack daran erinnert worden. Er habe dann die Eingeweide durch die Klosettpöbelung beseitigt. Seine Aussagen bezüglich des Kopfes, den er seinem unglücklichen Opfer abgeschneidet hat, sind unklar, denn es befinden sich im Schauhaus ein Kopf und andere Leichenteile, die vielleicht mit diesem Kopfe nicht in Verbindung stehen, sondern von einem noch weiter aufzuklärenden Verbrechen Großmanns herrühren.

Der Ermordung der Schülerin ist er jetzt ebenfalls so gut wie überführt. Es haben sich Zeugen gemeldet, die ihn mit Paketen auf dem Potsdamer Platz gesehen haben. Von dort ist er jedenfalls nach dem Grunewald gefahren, um bei Nikolasssee die Leichenteile zu vergraben.

Die verhaftete Frau des Händlers Jhig war von vornherein der Mitwisserschaft verdächtig. Die Tür ihrer Wohnung ist von der Großmanns nur 1 1/2 Meter entfernt. Sie hat außerdem mit Großmann, wie dieser angibt, wiederholt verkehrt und ging bei ihm aus und ein.

Wie jetzt festgestellt worden ist, hat der Aufständler außer zwei Strafen wegen Ehrverletzungsverbrechen auch noch eine 14jährige Zuchthausstrafe hinter sich, zu der er wegen eines Verbrechens mit tödlichem Ausgang an einem siebenjährigen Mädchen in Barmbeck verurteilt wurde. Es ist ferner ermittelt worden, daß einer seiner Brüder ebenfalls wegen Ehrverletzungsverbrechen im Zuchthaus sitzt, während der andere in einem Irrenhause gestorben ist. Großmann selbst aber macht durchaus nicht den Eindruck eines Geisteskranken, er paßt genau auf, daß er sich nicht etwa für noch nicht aufgekärte Verbrechen irgendwie festlegt.

Der Schulaustritt am „Sebantag“.

Die im „Vorwärts“ (Nr. 417) gebrachte Mitteilung, daß von der Halenfeer 2. Gemeindefschule (Mädchen) die Ober- und Ober-M-Klassen mit ihren Lehrerinnen Fräulein Gerlach und Rückheim am 2. September einen Ausflug nach der Römerchanze unternommen hätten, hat bei dem Lehrerkollegium der genannten Schule, wie wir erfahren, Verdruss erregt. Nicht gegen die Lehrerinnen, die ausgerechnet den 2. September für den Ausflug wählten, richtet sich Entrüstung, sondern gegen den „Vorwärts“ und gegen unsere an die Tatsache dieses Ausfluges geknüpften Betrachtungen. In einer danach einanderstimmenden außerordentlichen Elternbeiratsitzung soll Rektor Jernid erklärt haben, daß die vom Provinzial-Schulkollegium ergangene Verfügung, am 1. oder 2. September weder Feiern zu veranstalten, noch auch nur Festzüge zu machen, für die Vororte nicht gelte. Wir können zunächst nicht glauben, daß der Herr Rektor sich wirklich so geäußert hat. Er hat sodann, wie man uns berichtet, auch versichert, er und sein Kollegium seien doch gar nicht reaktionär und das Kollegium habe stets einträchtig mit dem Elternbeirat gearbeitet. Elternbeiratsmitglieder antworteten ihm mit der Erinnerung daran, daß tatsächlich (wie im „Vorwärts“ gefolgt worden war) das Lehrerkollegium den sozialistischen Elternbeiräten wiederholt Anlaß zum Eingreifen gegeben hat. Ein solches sei z. B. nötig gewesen, damit Korbhüften entfernt wurden, der Gesang sogenannter nationaler Lieder unterbietet usw. Auch darauf wurde hingewiesen, daß beim Kapp-Putsch die Einwohnerwehr mit ihrer Munition im Schulhaus gebildet und dabei sogar der Unterricht zunächst weiter erteilt wurde. Schließlich wurde festgestellt, daß sogar jetzt auf den Korridoren, im Zeichensaal und in der Turnhalle noch Kaiser- und Feldherrnbilder hängen. Wir wiederholen unsere Frage: Was sagt die Schulbehörde zu dem Verhalten der Lehrerinnen und des Schulleiters?

Die verschwundenen Franzosenschnaken.

Als sogenannten „Schmid“ (im bekannten christlichen Sinne) wies die Potsdamer Garnisonkirche eine Anzahl französischer Adler und Standarten auf aus den Kämpfen der napoleonischen Zeit und der Jahre 1870 und 71. Diese Feldzeichen mußten nach dem Friedensvertrag an Frankreich zurückgegeben werden. Die französischen Trophäen wurden in Potsdam in Briefkästen verpackt und nach Berlin geschickt. Bei der Öffnung der Kästen stellte sich heraus, daß sie leer waren. Ueber das Verschwinden und den Verbleib der Fahnen sind jetzt vor dem zuständigen Richter umfangreiche Vernehmungen am Potsdamer Amtsgericht im Gange. Eine Aufklärung ist bisher nicht möglich gewesen. Der Versand erfolgte im Januar 1919.

Da kaum jemand Interesse an den alten Pappen haben dürfte, als die Potsdamer militärische Clique, so bleibt nur wieder die Erlösung übrig, daß diese Kreise ihre Hand hier im Spiele hatten, um wegen einer Wagenladung voll alten Gerümpels dem Lande nur ja keinen Konflikt zu erziparen.

Unser Wahlkampf.

In der Versammlung des 20. Verwaltungsbereichs (Reinickendorf) teilte der stellvertretende Bezirksbürgermeister Selke auf eine Anfrage mit, daß das Bezirksamt damit umgehe, ein Pressebüreau zu errichten, damit die Bewohner des Bezirks nicht gezwungen seien, die offiziellen „unparteilichen“ aber verstaubte monarchistische Propaganda treibenden Blättchen der amtlichen Bekanntmachungen wegen zu lesen. Gegen eines dieser Blättchen sei vom Bezirksamt Strafandrohung wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gestellt. Merkwürdig warm schlug das Herz der Bürgerlichen für das Recht der Gemeindearbeiter auf Auszahlung des Lohn-

ausfalles bei Schließung der Betriebe am 31. August. Die Feierstunden müsse den Arbeitern bezahlt werden. Der Anspruch auf Auszahlung des vollen Lohnes wurde von niemandem bestritten. Aber diese „Verhinderung der Gelder der Stadtgemeinde“ veranlaßte die bürgerliche Fraktion zur Beantragung eines Mißtrauensvotums gegen das Bezirksamt. Der Antrag wurde wegen der Stimmen der Rechten abgelehnt. Ein Antrag auf Zulassung von Vertretern der Arbeiter, Beamten und Angehörigen zu den Deputations-sitzungen wurde gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen. Entwürfe auf Auszahlung der vollen Lohnbeihilfe bei verkürzter Arbeitszeit und ein Antrag des Bezirksamtes über Verkürzung der Arbeitszeit nur eines Teiles der Gemeindefabrikanten des Bezirks wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen, der letzte Punkt bei Stimmabgabe der Bürgerlichen angenommen.

Eine Sympathiekundgebung für Deutschböhmern fand am Dienstagabend im Stadthaus statt. Die Versammlung war vom Hilfsverein für Deutschböhmern und die Südböhmen E. V. einberufen worden. Redner aller Parteien sprachen, darunter Joll vom Deutschen sozialdemokratischen Verband Südböhmen. Joll bedauerte u. a. in seinen Ausführungen, daß das, was Bebel schon so schmerzlich vermißt, nämlich die Vereinigung aller Deutschen in einer Staatsrepublik, noch nicht zur Tatsache geworden und daß die Menschheit leider noch nicht zu einem wahren Frieden und Fortschritt gekommen sei. Aber die Stunde hierfür werde kommen. Heute müsse nach eine Zahl von 3 1/2 Millionen Deutsche in der Tschechoslowakei wohnen. Zur Zeit des Umsturzes glaubten die deutschen Industriellen und Agrarier ihre Profite und Interessen in der Tschechoslowakei am besten bewahrt, die dortige Regierungspolitik habe es aber so weit gebracht, daß sie sich heute aus diesem Staate heraus wünschen. — Am Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der Einspruch gegen die Verletzung der Minderheitsbestimmungen durch die Tschechen, gegen die Ausweisung deutscher Schulen und die Enteignung deutschen Bodens erhoben sowie Verhinderung neuer Bluttaten gefordert, ferner den Deutschen in der Tschechoslowakei die Sympathie im Kampfe um die Erhaltung ihrer deutschen Kultur ausgesprochen wird.

Zeugen gesucht. Herren, die am 26. März 1921 vormittags die Linie 31 der Straßenbahn in der Richtung Alexanderplatz nach dem Gartenplatz benutzt und gesehen haben, wie ein Herr von der Vorderplattform herunterstiegt, werden gebeten, ihre Adresse an Carl Kossubek, Niederschönhausen, Platanenstr. 1, gelangen zu lassen. Kosten werden vergütet.

Zimmer für Abgeordnete gesucht. Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages sucht für eine Reihe von Abgeordneten zum Beginn der Tagungen (28. September) Zimmer. Angebote mit Preisangabe sind an das Sekretariat der Sozialdemokratischen Fraktion, Berlin SW., Prinz-Albrecht-Str. 5, Preussischer Landtag, zu richten.

Krebse im Engelboden. Beim Fischen nach Leichenteilen im Engelboden und dem angrenzenden Luisenstädtischen Kanal aus Anlaß der Frauermorde sind durch Ausbaggern des Schlammes eine große Anzahl hier nie vermuteter Krebse vom Vorhinein gekommen. Hunderte umstehen die abgesehenen Wasserfresser und freuen sich, wenn sie ein paar Krebse ergattern können.

Für die Rückreise oberösterreichischer Flüchtlinge in ihre Heimat war bisher das Bismarck des französischen Generalkonsulats in Breslau erforderlich. Diese Verordnung ist nunmehr aufgehoben und dadurch eine Erleichterung für die Rückführung erreicht worden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Bismarck kühl, zeitweise besser, jedoch Abends wieder bei langsamem Abnehmen nordwestlicher Winde. Keine erheblichen Niederschläge.

Filmschau.

Der Sträfling von Capécure teilt sich der neue Film des Marmorhauses, den R. Carlin nach einem Roman von Hugo (H) verlegt hat und der das Problem abhandelt, ob und wie aus einem Verbrecher noch einmal ein brauchbarer Mensch werden kann. Die Antwort lautet: Durch die Güte und Liebe eines verstorbenen und vergessenen Menschen. Die Regie unter Leo Lasko hat es verstanden, den schwierigen Stoff filmgerecht zu machen und eine packende und spannende Bilderfolge aufzubauen. Friedrich Feint, Julius Haltenstein, Heinrich Beer, Albert Stehrich, Emmy Sturm, Germa van Delden und die kleine Loni Kest geben ihr Bestes. Die Photographie von Bill Goldberger war ausgezeichnet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

heute, Freitag, den 16. September:

12. Kreis, Steatly. Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Elternbeiräte! Die für heute abend angelegte Sitzung findet morgen, Sonnabend, 17. Sept. abends 7 1/2 Uhr im Gymnasium Großstraße in Berlin statt. Pünktliches Erscheinen Pflicht.

15. Generalversammlung der Metallarbeiter

(Schluß aus der Morgenausgabe.)

Die zweite Rednergarnitur.

Die USP- und die SPD-Fraktionen brachten, wie gestern die SPD, längere Entschlüsse ein, in denen ihr grundsätzlicher Standpunkt zum Ausdruck kommt.

Die Resolution der USP, unterzeichnet sich gegenüber ihrer Resolution auf dem letzten Verbandstage sehr stark. Sie ist sehr allgemein und sehr gemäßig gehalten. In der Frage der Stellung zu den Kommunisten stellt sie sich hinter den Vorstand.

Die Resolution der SPD ist klarer und entschiedener. Sie spricht die Sprache der Resolution Dismann auf dem letzten Verbandstage in Stuttgart und will, daß die Generalversammlung sich aufs neue zu den Grundsätzen der letzten Generalversammlung bekennt. Sie fordert den Austritt aus dem Eisen-Wirtschaftsbund und verlangt, daß die Organisation sich für den rücksichtslosen Klassenkampf einsetzt.

Die Debatte eröffnete Kummert-Offenbach (SPD), der betonte, der Weg von Stuttgart nach Jena sei ein sehr lehrreicher. Das Schlusßstück hier wäre ein erfreuliches. Das dreieinzigste auch nicht, wenn es hier scharfe Auseinandersetzungen gäbe. Die Einsicht ist auf allen Seiten gewachsen. Dies läßt uns vertrauensvoll in die Zukunft schauen. Wir freuen uns, daß Dismann sagte: Die Zeit ist wiedergekommen, wo wir

alle ein gemeinsames Parteibuch in der Tasche haben. Wir von der SPD waren immer der Meinung, daß die verschiedenen Parteibücher sehr überflüssig waren. (Lebhaftes Beifall.) Auf das Bild, das Dismann gab, fallen einige Schatten. Bei der Delegiertenwahl wurde in einem Flugblatt der USP in Dresden von den Rechtssozialisten als den „klassischen Vertretern reformistischer Fragen, die den Aufstieg der Arbeiterklasse hindern“, gesprochen. Und Dismann forderte in Leipzig größte Aktivität gegen alle Gegner, Kommunisten und Rechtssozialisten. Hätte Dismann in Stuttgart einen Teil der Einsicht gezeigt, wie heute, dann wäre uns viel erspart geblieben. Ich habe schon in Stuttgart gesagt, demokratische Pflicht ist nicht, den Klassen zu schmeicheln, sondern ihnen die Wahrheit zu sagen. Heute muß man die Richtigkeit dieses Satzes zuweilen, die Verunft muß aber in kommunistischen Kreisen wachsen. Die russischen Verhältnisse müssen auch bei ihnen Einsicht bringen. Es ist nicht wahr, wie Walcher sagte, daß weite Schichten der Arbeiter den Glauben an die Gewerkschaften verloren haben. Der Metallarbeiterverband ist der lebendige Beweis dafür, daß sich in der Arbeiterschaft eine große Begeisterung für die Gewerkschaften

gezeigt hat. Sehen Sie unsere Mitgliederzahl an! Und diese Steigerung trotz des kommunistischen Zellenbaues. Pessimismus über die Gewerkschaften ist daher nicht berechtigt. Wir haben in dem letzten Jahre eine Weltrevolution des Geistes gehabt. Das ist die einzige Weltrevolution, die wir hatten. Die Verkünder der Weltrevolution sind sehr ruhig geworden. Selbst Lenin hat jetzt darüber eine andere Meinung. Wir sehen in den Fabriken einen gewaltigen Umschlag des Geistes. Die Arbeiter sind nicht mehr so unterwürdig wie früher, sondern vertreten aufrichtig und manhaft ihre Anschauungen und Forderungen. Auf diesen neuen Geist in den Betrieben können die alten Gewerkschaftler stolz sein. Er wird gestützt durch das Betriebsratsgesetz. Vielleicht würde die Einsicht bei den Kommunisten ebenso schnell erwachen, wie bei der USP, wenn wir sie an die Leitung eines Verbandes stellten. Bei unserem Verband geht es allerdings nicht, da wäre es zu kostspielig. (Sehr richtig! und große Heiterkeit. — Jura: Bei den Kupfer-schmiedern!) Wenn wir ihnen die Leitung bei den Kupferschmiedern geben würden, wären diese in drei Monaten alle zu uns übergetreten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Kommunisten würden, wenn man sie an die Leitung stellte, schnell sehen, wie schwer es ist, es besser zu machen.

Das Schriftwesen des Verbandes muß auf die höchste Stufe gebracht werden. Wir beantragen, daß sämtliche Zeitschriften des Verbandes unter eine einheitliche Leitung gestellt werden und zwar unter die der Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“. Von der kommunistischen Fraktion verlangen wir, daß sie ohne Umschweife erklärt, wie sie sich zu den gewerkschaftlichen Richtlinien ihres Parteitagess stellt. Im beiderseitigen Interesse ist eine klare, unzweideutige Erklärung unerlässlich. Nach der Rede Dismanns ist nichts mehr zu sehen, was der

innigen Zusammenarbeit der beiden Richtungen

im Verband im Wege stünde. Das läßt mich hoffen und wünschen, daß auf die letzte lärmende Auseinandersetzung ein besseres Verhältnis folgt, das der erste praktische Schritt auf dem Wege zur vollständigen Einigung sein sollte. Ich glaube, daß mir damit der Metallarbeiterverband, ja der ganzen Arbeiterbewegung einen Dienst von geschichtlicher Größe erweisen. (Stürmischer Beifall.)

Degglinghaus-Lidenscheid (USP): Sie müssen unsere Gefühle und unser Vorgehen in Stuttgart verstehen lernen. Wir fühlen uns während des Krieges verlassen und verraten und haben deshalb gehäht. Heute hassen wir nicht mehr, wir sind bereit, zu vergessen und zu vergeben. (Große Heiterkeit.) Wir haben uns genähert, weil unsere Ideen auch bei Euch (nach rechts) Anklang gefunden haben. (Jura: Amgeteset! Ist es!) Die größte Tat Schickes war es, als er das Schicksal des Verbandes über seine Person stellte. Die Regierungsparteien können mit unserer Verbundregierung zufrieden sein; wir sind ja nicht allein Regierungspartei, sondern auch die SPD, unsere Fraktion, ist mit dem Wirken des Vorstandes einverstanden. Es muß aber mehr zur Schaffung von Betriebsratsstellen und von Industrieverbänden getan werden. Unsere kommunistischen Freunde wollen Massenaktionen.

Wenn diese gemacht werden müssen vom Vorstand oder sonstwem, dann steht es schlimm um die Massenaktionen. Ich glaube, es trennt uns auch nicht viel von den kommunistischen Kollegen. Nur der Begriff über Massen und Führer. Man sollte nicht immer sagen, „die Massen sind gut, nur die Führer sind Verführer“. Die Tatsachen geben ein anderes Bild. Es gehört ein größerer Mut dazu, „Stopp“ zu sagen, als „Auf in den Kampf“. Weder begründet die Resolution seiner Fraktion.

Für die SPD sprach als zweiter Redner Wegmann. Offen, der eine lange Rede verlas und dabei nicht viel Aufmerksamkeit des Verbandstages fand. Redner erklärte, die Geschlichte würde das Urteil über die Tätigkeit der Kommunisten sprechen. Diesem Urteil können sie mit Ruhe entgegensehen. Der Vortrager von der USP habe

eine Grabrede für die USP.

gehalten. Die USP-Fraktion habe keine klaren gewerkschaftlichen Richtlinien. In der Resolution habe er den grundsätzlichen Standpunkt der SPD, verschleiert. Dismann habe drei Stunden lang eine Kommunistenhege gehalten. Können Sie dies verantworten angesichts der schwierigen Lage, in der sich das Proletariat befindet? Wir werden dem Proletariat sagen, was die Moden geschlagen haben. (Beifall bei den Kommunisten.)

Der Verbandstag vertagte sich hierauf. Nachmittags fand ein Ausflug statt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe.

Bei der augenblicklich auf einem toten Punkt angelangten Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe handelt es sich in erster Linie um die Lösung grundsätzlicher Fragen. Das Bedienungspersonal erhielt bisher feste Wochenlöhne in Höhe von 105 M. (Bierrestaurants) bis 350 M. (Hotel- und Weinrestaurants), zu denen Umfahrgeldern von 3 Proz. bzw. 2 Proz. traten. Unter diesem System hatte sich besonders in Augustgeschäften das Trinkgeld wieder eingeschlichen.

Die Arbeitnehmerorganisationen fordern jetzt in erster Linie die radikale Beseitigung des Trinkgeldes und sind hierbei zu weitgehenden Strafbestimmungen bereit. Im übrigen verlangen sie die Beseitigung jeder Prozententlohnung und dafür ausreichende Basislöhne, die für Restaurantteller 500 M., für Kellner in Hotels und Augustbetriebe 750 M. betragen sollen. Die Unternehmer haben — entgegen ihren Versprechungen in der Presse — für die Zukunft jede feste Entlohnung oder Umsatzbeteiligung abgelehnt und das Bedienungspersonal lediglich auf ein vom Gaste zu erhebendes Trinkgeld angewiesen, das unter der Bezeichnung „Bedienungsgeld“ in Höhe von 15 bzw. 10 Proz. des Rechnungsbetrages gezahlt werden soll. Daß die Unternehmer diese Trinkgeldentnahmen in Höhe von 750 M. monatlich (für Garbenderfrauen), bis zu 1500 M. (für Oberkellner in Weinrestaurants) garantieren wollen, ist ebenso ungenügend wie notwendig. In der Hoffnung, das fest zusammengeklammerte Personal spalten zu können, haben die Arbeitgeberorganisationen dem Küchen- und Hilfspersonal allerdings Vorderechnungen zugebilligt. Ob diese aber in allen Fällen „beträchtlich“ sind, mag man daran erkennen, daß sie für jugendliches Hilfspersonal und Gemüsefrauen 5 M., für Maschinenmädchen, Geschirrwäscherinnen und Reigmachefrauen 10 M. und für Wäscherinnen 15 M. wöchentlich betragen sollen. Diese Aufbesserungen und damit auch die Spaltungsversuche wurden in der gestrigen Generalversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten einstimmig zurückgewiesen und führten schließlich den Kampfwillen der Vertreter der Arbeitnehmerchaft.

Die Lohnverhandlungen in der Söllinger Metallindustrie haben nach der TL, bezüglich der Fabrikarbeiter, zu einem Abbruch geführt. Die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingeleitete Verhandlungskommission hat die nach dem Kollektivvertrag bestehenden Teuerungszuschläge um weitere 100 bis 250 Proz. erhöht, so daß die gesamten Teuerungszuschläge auf die Grundlöhne 1000 bis 1500 Proz. betragen. Dadurch ist ein Ausgleich zwischen den Akkordarbeitern und den nach Stunden entlohnten Arbeitern geschaffen. Die Vereinbarungen dürften wahrscheinlich die Zustimmung der beiderseitigen Organisationen finden. Bezüglich der Heimarbeiter werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Walter Schill, Berlin; für Anzeigen: 22. Westf. Berlin. Verlag: Friedrich-Wilhelm G. m. B. G., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Hans Singer & Co., Berlin. Abdruck: 2.

Wie immer

--- so auch in dieser Saison sind unsere Angebote! unübertroffen!



Notter, reinwollener Neusch Mantel
in mehreren Farben mit entzückender Stickerei!
Sovell Vorrat
235.

Vornehmer reinwollener Tuch-Mantel
in vielen Farben mit gleichfarbigem Facet-Stickerei!
Sovell Vorrat
295.

Besichtigen Sie unsere Modell-Ausstellung auf der Messe, Frankfurter Allee 48 (Prachtstraße des Ostens).

Siegmund Eisenstaedt

IM OSTEN
Frankfurter Allee 72
Nähe Ringbahnhof

IM WESTEN
SCHÖNEBERG, Hauptstrasse 154
Nähe Potsdamerstrasse

Damenhüte

- Filzhut 39.- moderne Form
- Otero-Form 57.- in allen Farben
- Filztrotteur 45.- mit mod. Rollrand
- Kinderhüte fesche Neuheiten
- Elegante Sammet- u. Cylinderformen in enorm großer Auswahl
- Trauerhüte sehr preiswert
- Linon-Formen f. d. verwöhntest. Geschmack
- Hut-Garnituren Reiter, Holzperketten, Bänder usw.
- Besond. preiswert Schwarze Filz-Formen 39.-

Titus König Berlin-Neukölln Bergstraße 9/10

- ### Herrenhüte
- Prima Wollfilz 59.- 69.- neue breitrand. Formen
 - Prima Velour 175.- gute Qualität
 - Prima Haarfilz 79.- moderne Formen

Korsette

aus la Stoffen und in allen Preislagen empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 83
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 86
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23 Ecke Alte Jakobstraße 124 Bz

Bettwäsche
Deckbett 62 75, Klassen 16.-
Damenhemd 34.- Handtücher, Männerhemden, Schürzen billig. Inseerat ausschneid. vergüte 6 Proz. Hasenheide 93
Eckebrecht

Alte Hüte
Umpressen und Modernisieren von Damen- und Herrenhüten. Besüßig. u. billige Ausführung.
Am-presseret **Herm. Fuchs**
Berlin O 112, Frankfurter Allee 297.

Ruhebetten 200 Mk.
gute Reparatur, kein Papierbes.
Girndt, Neukölln,
Magengruberstraße 2
Tel.: Reutlin 1998

Arbeitskleidung Hosen
von 45.- bis 225.- M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Kohnen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Billig und gut

kaufen Sie Ihre Herrengarderobe bei
Löffler Rosenthaler Straße 66
Nähe Rosenthaler Platz
Anzüge v. M. 325, Paletots v. M. 350 an
Anfertigung in eigener Werkstatt



KORB-MÖBEL
für Gärten, Balkone, Wohnzimmer in moderner u. dauerhafter Ausführung. Korbsessel von M. 48 an. Große Auswahl. Beschichtigung erbeten.
Heinrich Kaese
Korb- und Rohrmöbelfabrik.
Neukölln, Berliner Str. 89.
Quergeb. part. (Kein Laden.)

Wer Stoff hat
fertige Wägen od. Paletot billig an. Kabelleire eig. beste Verarbeitung.
Mode-Atelier C. Hirschfeld,
Neukölln, Pannierstr. 1 an der Senaustraße.

GOLD-SILBER-PLATIN-DRUCK
kauft Silber-Zentrale
Gotzkowskystraße 13

Korbmöbel
kaufen Sie am vorteilhaftesten direkt beim Hersteller
A. Zedau
Werkstätten für feine Korbmöbel, Fernspr. Neukölln 1159
Ausstellung u. Verkauf nur Neukölln, Anzengruberstraße 20

Große Auswahl in Korbmöbeln
Kinderwagen
Metallbettstellen
Sämtl. Kinderfahrzeuge u. -Möbel
F. Bergmann u. Sohn
Wilmsdorf, Berliner Str. 34
Sämtl. Reparaturen schnellstens

Wäsche-Kof
im Pelzhaus Morichpl. 58a
wert. Hauswand billig neben 22. Beinhleder 30, Bettwäsche 70, große Teppiche 305, Alinier-Gardinen 55, Stepp- und Daunendecken, Daunendecken, nur Belgendehlsäule, Reine Lombardwaren.
Butter pro Pfund 25.- Markt
P. Wegner, Berlin 50
Mariannestr. 34
Können Sie auf Hausnummer!

Den ältesten Damen- oder Herrenhut
pressen wir auf die neuesten und schicksten Formen zu den billigsten Tagespreisen bei
Lina Krüger
vis-a-vis Wbl. Hermannstraße

Münzen Sammlungen
kauft Ball, Berlin, Wilhelmstraße 46/47
Münzen Handlung.

Neuköllner Möbel Vertrieb
Ludwig Rogasner
Haber-Riesstraße 60 Ecke Anzengruberstr.
FERNSPR. NEUKÖLLN 9000
Spec. Schlafzimmer Küchen
Besuchen Sie meine Qualitäts- u. Preisliste



5
315
ULI STEIN
SCHNITT
MUSTER

Zu haben im
Warenhaus Wilhelm Stein
Chausseestraße 70-71.

Kreuz-, Silber-, Zobelfüchse

von 175 Mark an
Pelzhaus Jägermann Oranienstraße, Ecke Prinzessinnenstraße 14, am Moritzplatz.

Panneck's Schul-Artikel
von Massiv-Rindleder • Gediegene Ausführung
Schulmappen, Blechertaschen, Schreibetuis, Frühstückstaschen
Aktenmappen { massiv Leder, von 80.- M. an
in Rindleder, mit Griff 95.- M.
Elegante Damentaschen in größter Auswahl
Lederwaren immer noch sehr preiswert!
Neukölln, Bergstr. 135 Ecke Rosenstr.

WANZEN Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch
PFEIFFEROL
Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Pöbler, Berlin N. 65, Schulstraße 16.

Seal u. Astrachan M. 2100 bis 650⁰⁰
Ulster mollige Stoffe M. 800 bis 49⁷⁵
Kostüme prima Qual. M. 1900 bis 129⁵⁰
Kleider elegant . . . M. 1050 bis 49⁵⁰
Blusen u. Jumper M. 350 bis 17⁵⁰
Strickjacken reine Wolle M. 450 bis 245⁰⁰
Röcke M. 250 bis 49⁷⁵

Kerrliche Modelle in Ball- und Gesellschaftskleidern

Eberhardt's Damen-Konfektionshaus
Neukölln, Knesebeckstr. 30
Ecke Hermannstraße
1 Minute vom Bahnhof Hermannstraße
Telephon: Neukölln 4149
2. Verkaufsstelle: Mittelwalde, Kaiser-Friedrich-Pl. 25
3. Verkaufsstelle: Friedberg

Maßanfertigung im eigenen Atelier. • Beschichtigung ohne Verbindlichkeit

Ihre Damen- und Herrenhüte
reinigt, färbt und presst um in höchster Vollendung
Stroh- u. Filzhutfabrik Georg Erdmann
Schönhauser Allee 116, Reinickendorfer Straße 32
Neukölln, Hermannstraße 36-37
Hierfür 5% Ermäßigung

Münzensammlung Platin
Gold-, Silberbruch, Zahngebisse
kauft z. reell. Tagespreisen
Lemberg
Neukölln, Bergstr. 140
Eingang Goethestraße
im Laden: täglich v. 9-7.
Fahrgeld wird vergütet
ohne Abzug!

An Beamte u. Angestellte
Lieferer Herrengarderobe nach Maß gegen monatliche Ratenzahlungen. Für Sammelkaufträge durch Betriebsräte und Parteiregionalitäten besondere Vergünstigungen. Vertreterbesuch (auch auswärts) unentgeltlich.
Willy Palm R. 24, Friedrichstr. 114a.
Telephon: Amt Norden St. 6775.

Möbel
kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmsdorfer Str. 128, I. E. Schillerstr. Kein Laden

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermeister
Neukölln, Ringbahnstraße 88 z. Tel. 900
Lieferant für höchste Staatsbeamten. Viele Anerkennungen und Dankschreiben. 12028